



# Bundestags- brief

Nr.255 • Die Woche im Bundestag • 08.11.2019



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Persönliche Erklärung zur politischen Zukunft**

In den vergangenen Tagen sind in der Presse wiederholt Spekulationen über meine politische Zukunft angestellt worden, zu denen ich mich aus gutem Grund zunächst nicht geäußert habe.

Erst am vergangenen Dienstag ist dann tatsächlich eine neue Situation entstanden: Der Kreisverband Reinickendorf hat ohne Gegenstimmen beschlossen, mich der Vertreterversammlung zum gegebenen Zeitpunkt als Kandidatin für den dortigen Bundestagswahlkreis vorzuschlagen.

Dieses Angebot ehrt mich. Mit Respekt vor den Erfolgen Frank Steffels und mit Dankbarkeit für das Vertrauen der Reinickendorfer Parteifreunde werde ich alles tun, um das Direktmandat für die CDU in diesem wichtigen Wahlkreis zu verteidigen.

Den Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf im Kreisverband Wuhletal konnte ich in den vergangenen 14 Jahren zusammen mit Freunden wie Mario Czaja und Christian Gräff für die CDU im Osten der Stadt stabilisieren und weiter ausbauen. Meinen Freundinnen und Freunden dort werde ich auch in den kommenden Monaten und Jahren treu bleiben.

Ich bin sicher, dass Mario Czaja ein hervorragender Kandidat für die Bundestagswahlen im Wahlkreis wäre – das hat er nicht zuletzt mit seinem Spitzenergebnis bei den Abgeordnetenhauswahlen bewiesen.

Nun müssen wir alle gemeinsam diese gute Arbeit für die CDU Berlin fortsetzen. Ich bin überzeugt davon, dass diese Weichenstellungen positive Auswirkungen auf die CDU Berlin haben werden und am Ende ein attraktives Erscheinungsbild unserer Partei ermöglichen.

## **30 Jahre Mauerfall Grundlage für Einheit in Freiheit**

Im Oktober haben wir in Leipzig gemeinsam mit Revolutionären des Jahres 1989 an den Mut und die Entschlossenheit der vielen Menschen erinnert, die zum Sturz der SED-Diktatur beigetragen haben und die den ersten Stein aus der Mauer herausbrachen.

Am 9. November 1989 fiel die Mauer. Die Mauer war das Symbol der Unfreiheit und der falschen sozialistischen Ideologie. Die Freude über den Mauerfall stand im Mittelpunkt unserer Sitzungswoche.

Die Union war und ist die Partei der Deutschen Einheit. Schon früh hat Konrad Adenauer nie einen Zweifel am Ziel unserer Politik gelassen: Ein friedliches Deutschland wieder zu einem gleichberechtigten Partner in Europa und der Welt zu machen.

Dieses Ziel haben wir 1990 erreicht: Die Deutschen in der DDR und Helmut Kohl haben der Deutschen Einheit in Frieden den Weg geebnet. In Freude über das Gelungene verneigen wir uns vor dem Mut und der Entschlossenheit, die der Freiheit zum Durchbruch verhelfen. Dieser Freiheit sind wir verpflichtet.

## **Bei Fortentwicklung des Sozialstaats und der Grundrente Kurs halten**

Bei der aktuellen Diskussion um die Grundrente ist uns wichtig: Wir sind für eine Grundrente für genau die Menschen, die sie auch wirklich brauchen.

Deshalb haben wir uns mit der SPD im Koalitionsvertrag dafür auf Grundzüge geeinigt, zu denen auch eine Bedürftigkeitsprüfung zählt.

Zu einer entsprechenden Einigung sind wir auch jetzt bereit.

Wir werden jedoch nicht die Prinzipien des Renten- und Grundsicherungssystems über den Haufen werfen und der jungen Generation enorme Lasten auferlegen.

Warum sollten wir Steuergelder hart arbeitender Menschen an andere verteilen, die die Unterstützung gar nicht benötigen?

Das schafft nämlich nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit. Eine richtig austarierte Grundrente ist für uns eine wichtige Sachfrage, die wegen unserer demographischen Situation von enormer Langzeitwirkung ist. In diesem Sinne führen wir die Verhandlungen.

### **Wichtiger Schritt zur weiteren Stärkung der Strafrechtspflege**

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben durch tagtägliche Meldungen in der Presse oder eigene Erfahrungen, dass Strafverfahren lange dauern und häufig in Einstellungen enden.

Um die Strafrechtspflege zu stärken, haben sich die Länder im Pakt für den Rechtsstaat verpflichtet, bis Ende 2021 insgesamt 2000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte einzustellen.

Damit dieses zusätzliche Personal nicht durch ineffiziente Vorgaben aufgezehrt wird, sorgen wir jetzt für die notwendigen zügigeren Strafverfahren. Damit stärken wir den Rechtsstaat.

Prozessverschleppungen werden künftig durch Änderungen im Befangenheits- und Beweisantragsrecht handhabbarer gemacht.

Auch geben wir den Ermittlern wirksamere Instrumente an die Hand, um Täter aufzuspüren: Die DNA-Analyse wird auf äußerliche Merkmale (Haar- und Augenfarbe) sowie das Alter ausgeweitet.

Um Einbrecher besser stellen zu können, kann künftig die Telekommunikation von Verdächtigen überwacht werden. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist das Verbot der Gesichtshüllen vor Gericht.

### **Zahl der Empfänger sozialer Mindestsicherung deutlich gesunken**

Zum Jahresende 2018 erhielten rund 7,2 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Das sind 5,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Im Vergleich zu Ende 2017 sind somit rund 400.000 Menschen nicht mehr auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen.

In den neuen Bundesländern, Berlin eingeschlossen, reduzierte sich der Anteil der Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen überdurchschnittlich.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung sank der Anteil der Leistungsempfänger auf 8,7 Prozent und ging damit das dritte Jahr in Folge zurück.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

### **Weihnachtsgeld für fast 90 Prozent der Beschäftigten**

Knapp 9 von 10 Tarifbeschäftigten in Deutschland (86,9 Prozent) werden in diesem Jahr Weihnachtsgeld erhalten.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, beträgt das durchschnittliche Weihnachtsgeld dabei 2 632 Euro brutto. Das sind 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr.

Unter allen Branchen erhalten Tarifbeschäftigte im Bereich „Gewinnung von Erdöl und Erdgas“ im Jahr 2019 das höchste durchschnittliche Weihnachtsgeld.

Ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt liegt das tarifliche Weihnachtsgeld bei den Rundfunkveranstaltern mit 5 274 Euro sowie im Bereich „Energieversorgung“ mit 4 923 Euro.

Die Auswertungen zum Weihnachtsgeld basieren traditionell auf den Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträgen, in denen zusätzliche Jahressonderzahlungen im November oder Dezember vorgesehen werden.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*